

Sozialismus



Krise: Licht am Ende des Tunnels?
Zur politischen Strategie der Linken

**Forum
Gewerkschaften**

Nejustierung von Wirtschaft & Staat
Paragrafenwall um das Eigentum

LINKE Wirtschaftspolitische Alternativen

Argentinien: Revitalisierung der Gewerkschaften?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie
unter www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen

Gewerkschaftliche Organisation und Mitte-Links-Regierungen

Argentinische Gewerkschaften zwischen Revitalisierung und segmentiertem (Neo-)Korporatismus

von | Johannes Schulten



Kundgebung für die von der Regierung geplante Erhöhung der Agabesteuern, Buenos Aires, 15.7.2008 (Foto: dpa)

Die 1990er Jahre können wohl ohne Übertreibung als das schwarze Jahrzehnt für Gewerkschaften weltweit bezeichnet werden: Mehr noch als in Europa und den USA haben sich die lateinamerikanischen Gewerkschaften als unfähig (oder ohnmächtig) erwiesen, die Folgen neoliberaler Politiken in Grenzen zu halten. Heute, nach einem Jahrzehnt des Beginns der Linkswende, stellt sich die Frage nach der Zukunft der lateinamerikanischen Gewerkschaften von neuem. Ob die aktuellen politischen Veränderungen stimulierend auf eine Revitalisierung gewerkschaftlicher Macht wirken oder die politische Nähe zu den Mitte-Links-Regierungen eher zu neuen Abhängigkeitsbeziehungen führt, wird im Folgenden am Beispiel von Argentinien diskutiert.

Betrachtet man die letzten zwei Dekaden argentinischer Politik, so scheint es, als hätten sich mit der neoliberalen Wende nicht nur die peronistische Partei (Partido Justicialista – PJ), sondern auch die argentinische Gewerkschaftsbewegung endgültig von ihrer Rolle als sozialreformerische Kraft verabschiedet. Wohl in keinem Land Lateinamerikas war die Diskrepanz zwischen einem beispiellosen sozioökonomischen Abstieg der arbeitenden Bevölkerung und dem passiven – wenn nicht gar regierungstreuen – Kurs ihrer Organisationen so ausgeprägt wie in Argentinien. Angesichts tradierter Staatsnähe und dem Wegbrechen der traditionellen sozialen Basis erwies sich die einst stärkste Gewerkschaftsbewegung des Subkontinents unfähig, den neoliberalen Politiken der Regierung Carlos

S. Menem (1989-1999) adäquate Strategien entgegenzusetzen. Dort wo sich gesellschaftlicher Widerstand regte, geschah dies – wie die Arbeitslosenbewegung (Piqueteros) zeigen – fernab traditioneller gewerkschaftlicher Strukturen.

Sechs Jahre nach der Wirtschaftskrise von 2001/02 und der Rückkehr Argentinens in den »Normal-Kapitalismus« (Boris 2005) sind die Gewerkschaften zum Erstaunen aller BeobachterInnen wieder auf die politische Bühne zurückgekehrt. Nicht nur kann seit 2004 ein massiver Anstieg von Streiks – vielfach ohne Aufrufe der großen Zentralen – in vielen Sektoren registriert werden, auch gewinnen traditionelle Instanzen der hoch institutionalisierten argentinischen Arbeitsbeziehungen wieder an Bedeutung: Eine Belebung des Systems der Tarifverhandlungen und eine erhebliche Verbesserung des Arbeitsrechts sorgten dafür, dass in den letzten Jahren beachtliche Reallohn-erhöhungen durchgesetzt werden konnten. Letztlich konnten sich die Gewerkschaften unter der Regierung Néstor Kirchner (2003-2007) wieder als soziale Basis etablieren.

Während einige BeobachterInnen diese Entwicklung zum Anlass nehmen, von einer gewerkschaftlichen Revitalisierung im Kontext eines neuen »auf soziale Protektion ausgerichteten Arbeitsregimes« (Palomino 2008) zu sprechen, sehen andere die aktuelle Entwicklung eher skeptisch (Svampa 2009). Es wird befürchtet, dass die politische Nähe großer Teile der Gewerkschaften zur Regierung von Cristina Fernández de Kirchner (seit 2007) zur politischen Unterordnung führt. Die als Konsequenz der 1990er Jahre erfahrene Öffnung zu sozialen Bewegungen von Teilen der Gewerkschaften und prekär Beschäftigten könnten so zugunsten neuer korporatistischer Arrangements zurückgedrängt werden.

Crux des Peronismus: gewerkschaftliche Organisation zwischen Autonomie und Etatismus

Der Eiertanz zwischen erheblicher organisatorischer Stärke und geringer politischer Autonomie ist so alt wie die argentinischen Gewerkschaften. Gleichmaßen als Folge der relativ frühen Industrialisierung (v.a. der Fleischindustrie) und des Einzugs sozialistischer und anarchistischer Ideen aus Europa hatte sich in Argentinien bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine vergleichsweise starke Gewerkschaftsbewegung herausgebildet. Mit Beginn des Peronismus und einem massiven Industrialisierungsprozess entwickelte sie sich binnen weniger Jahre zur bedeutendsten Arbeiterbewegung Lateinamerikas und zur so genannten Wirbelsäule der Regierung von Juan Domingo Perón (1946-1955). Aber mehr noch als auf dem für lateinamerikanische Verhältnisse relativ integrierten Arbeitsmarkt, beruhte die Stärke der Bewegung auf beträchtlichen, vom Staat gewährten, rechtlichen, politischen und materiellen Ressourcen. Das Vertretungsmonopol des Dachverbandes CGT (Confederación General de Trabajo) – in Form der so genannten personaria gremial –, die Organisation nach dem Branchenprinzip oder der Zugang zu politischen Ämtern ermöglichten nicht nur Organisationsquoten von um die 40%, sondern förderten auch den parlamentarischen Einfluss (James 1988: 8ff.).

Kehrseite dieser politisch garantierten Privilegien war Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Erfordernisse des peronistischen Entwicklungsprojekts. Diese »ambivalente Klassenallianz« (Boris/Hiedl 1978) basierte auf einem Konsens mit den Unternehmern. Eine politisch unabhängige Artikulation gewerkschaftlicher Forderungen hätte diesen Konsens empfindlich gestört und wurde daher politisch nicht geduldet. Nicht zuletzt deshalb blieben politische Strömungen außerhalb des Peronismus in den Gewerkschaften bis in die 1990er Jahre marginal.

Paradoxerweise blieb die Staatsnähe auch nach dem Militärputsch von 1954 gegen Perón und dem mit dem Verbot der peronistischen Partei einhergehenden Wegfall der direkten staatlichen Kontrolle das bestimmende Charakteristikum der Bewegung. Teil dieses argentinischen Korporatismus war die Entlastung des ständig überschuldeten Entwicklungsstaates durch Übernahme staatlicher Leistungen, wie der gewerkschaftlichen Verwaltung der Gesundheitsversicherung, die so genannten obras sociales, oder starkem Engagement im sozialen Wohnungsbau. Was auf der einen Seite die finanzielle Unabhängigkeit der CGT von Konjunkturschwankungen sicherstellte, erhöhte auf der anderen die Bindung an den Staat und förderte die schon erhebliche Bürokratisierung.

Trotz dieser Tendenzen ist eine Charakterisierung als Staatsbürokratie, wie sie von großen Teilen der Linken während dieser Zeit gemacht wurde, unzureichend. Denn trotz der staatstragenden Ausrichtung war die stetige Kampfbereitschaft der Garant dafür, dass sich die Repressionen gegen Arbeiter in Maßen hielten und Löhne und Sozialstaatsleistungen auf hohem Niveau blieben (James 1988): Bis zu Beginn der 1990er Jahre betrug die offene Arbeitslosigkeit in Argentinien nie mehr als 6% und auch das Reallohniveau erwies sich bis in die 1970er Jahre hinein als weitgehend konstant. Während der gesamten Periode bis zum Militärputsch von 1976 bewegten sich die Gewerkschaften ständig in einem ambivalenten Mix aus Druckausübung und Dialog. Dieser reichte von großangelegten Fabrikbesetzungen und gezielten Streikwellen bis zur harten Unterdrückung interner linker Opposition.

Festhalten an einem Korporatismus, der keiner mehr war

Die Pfeiler des argentinischen Korporatismus waren der integrierte Arbeitsmarkt und die politische Regulation der importsubstituierenden Industrialisierung. Als dieses Systems mit der Militärdiktatur von 1975-1983 angesägt und mit dem radikalen Öffnungskurs der Regierung Menem endgültig liquidiert wurde, gerieten auch die Gewerkschaften in die Krise.

Maßnahmen wie die Privatisierung der gesamten Staatsunternehmen oder die durch die Exportorientierung und Dollarbindung der Wirtschaft geförderte partielle Deindustrialisierung veränderten die traditionell-gewerkschaftliche Basis des männlichen, formell beschäftigten Industriearbeiters grundlegend. Ende der 1990er Jahre lag der Anteil der prekär Be-

|| Johannes Schulten ist Politikwissenschaftler und lebt in Trier.

schäftigten bei etwa 50% der Erwerbstätigen, die Arbeitslosigkeit sank seit 1995 nicht mehr unter die 15%-Marke. Ehemalige Flaggschiffe der argentinischen Gewerkschaftsbewegung, wie die Metallgewerkschaft UOM, oder die Elektrowerkschaft Fatlyf, verloren bis zu 50% ihrer Mitglieder. Hinzu kam, dass die politische Orientierung der peronistischen Partei auf die Mittelklassen die gewerkschaftliche Wahlmobilisierung überflüssig machte. Der ehemals so charakteristische politische Einfluss sank kontinuierlich. Waren Mitte der 1980er noch knapp 28 Gewerkschafter über die PJ im Parlament vertreten, dezimierte sich ihre Zahl bis Ende der 1990er Jahre auf vier.

Noch Mitte der 1980er Jahre hatte die CGT jeden noch so zaghaften Deregulierungs- oder Flexibilisierungsversuch der Regierung des UCR-Politikers Raúl Alfonsín (1983-1989) mit Massenstreiks beantwortet. Beim Peronisten Menem arrangierte man sich mit dem neoliberalen Kurs. Nicht die Abwehr der Reformen bestimmte nun das gewerkschaftliche Handeln; die neue Marschrichtung bestand darin, die Reformen mit den organisatorischen Notwendigkeiten der großen Gewerkschaften in Einklang zu bringen. Konfrontationsbereitschaft bestand nur da, wo das organisatorische Interesse der Gewerkschaften betroffen war – wie etwa bei Teilen der Arbeitsmarktreform, die das Gewerkschaftsmonopol bedrohten oder der Privatisierung der gewerkschaftlich kontrollierten Sozialversicherung. Ansonsten sah der so genannte *sindicalismo empresario* Privatisierungen und Außenöffnung als Chance, die durch Mitgliederverlust in Mitleidenschaft gezogenen Finanzen aufzubessern. Besonders die großen Gewerkschaften partizipierten an den Privatisierungen der Staatsunternehmen oder Rentenversicherung. Sektoren, die nicht bereit waren, den neoliberalen Kurs mitzutragen, hatten wenig Chancen, sich gegen das Bündnis aus Gewerkschaftsbürokratie und PJ zu artikulieren. Nur kleine Teile gingen so weit, die CGT zu verlassen und mit der peronistischen Tradition zu brechen. 1992 gründeten die Verbände der Lehrer, der staatlich Beschäftigten sowie einige Regionalgewerkschaften den alternativen Dachverband CTA (Central de Trabajadores Argentinos). Ihre Bereitschaft, mit sozialen Bewegungen außerhalb des traditionellen Gewerkschaftsspektrums zusammenzuarbeiten, machte sie zu einem der wichtigsten oppositionellen Akteure der 1990er Jahre (Schulten 2006). Gleichwohl sorgte das undemokratische Gewerkschaftsrecht dafür, dass der Einfluss der CTA in anderen Branchen gering blieb.

Im Dezember 2001 fiel das Land in die tiefste Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Millionen Menschen strömten auf die Straßen und brachten Argentinien für ein halbes Jahr an den Rand einer sozialen Revolution – Gewerkschaften waren nicht dabei.

Mitte-Links-Regierung: Gewerkschaften zwischen Revitalisierung und politischer Vereinnahmung

Sechs Jahre später hat sich das Land wieder normalisiert. Durch sozialpolitische Maßnahmen und die geschickte Einbindung großer Teile der sozialen Bewegungen gelang es der Regierung von Néstor Kirchner, das politische System zu sta-

bilisieren. Während die neuen sozialen Bewegungen ihre Mobilisierungskraft inzwischen weitgehend eingeübt haben, öffnete der Regierungswechsel jedoch für die gebeutelten Gewerkschaften neue Handlungsspielräume.

Schon zu Beginn der Regierung Kirchner entfaltete sich eine Welle ungewöhnlich hart geführter Streiks, die in vielen Fällen unabhängig von den großen Gewerkschaftszentralen geführt wurden. Das Wirtschaftswachstum hatte zu diesem Zeitpunkt schon wieder eingesetzt und lag bei ca. 8%. Die Auswirkungen auf die während der 1990er Jahre sehr stark gefallenen Löhne blieben allerdings sehr gering. Auch inhaltlich konzentrierten sich die Kämpfe nicht mehr auf die Abwehr von Reformen, im Mittelpunkt standen nun offensive Forderungen nach einer Teilhabe am Aufschwung oder der Ausweitung von Tarifverträgen. 2005 und 2007 waren die streikreichsten der letzten 15 Jahre. Ein Beschäftigter des Arbeitsministeriums bringt die neue Sichtbarkeit gewerkschaftlicher Kämpfe auf den Punkt: »Vor einigen Jahren hatten wir noch Piqueteros, die regelmäßig vor dem Ministerium protestiert haben. Heute sind es die Gewerkschaften, die jeden Tag hier sind« (zit. nach Collier/Etchemendy 2007: 3).

Anders als Regierungen zuvor reagierte Kirchner jedoch nicht mit einer Blockadehaltung, sondern erfüllte im Wesentlichen die Forderungen und versuchte, das gestiegene Streikpotenzial zu institutionalisieren. In vielen Bereichen wurden von der Regierung beaufsichtigte tripartistische Kommissionen zwischen Unternehmen und hochrangigen Gewerkschaftsdelegationen eingesetzt, in denen Lohnerhöhungen um die 20% erzielt wurden.

Betrachtet man diese Entwicklungen vor dem Hintergrund der desolaten gewerkschaftlichen Situation der 1990er Jahre, drängt sich jedoch die Frage auf, auf welcher Basis die jüngsten Erfolge beruhen. Der alleinige Verweis auf die Verbesserung der Marktmacht¹ der Gewerkschaften durch die Wiederbelebung des Arbeitsmarktes greift zu kurz. Zwar ist es richtig, dass der massive Anstieg von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung während der 1990er Jahre erheblich zur Einschränkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht beitrug. Die Erholung beider Indikatoren seit 2003 verminderte das Risiko für Gewerkschaften, durch Streiks Entlassungen zu provozieren erheblich – die Arbeitslosigkeit erreichte 2002 mit 25% ihren Höchststand und sank bis zum dritten Quartal 2008 auf 7,8%, die prekäre Beschäftigung reduzierte sich im gleichen Zeitraum von beinahe 50% auf 35% (INDEC). Allerdings wurde festgestellt, dass die gewerkschaftliche Stärke in Argentinien schon immer stark auf regulierten Arbeitsbeziehungen beruhte. Daran anschließend argumentiert der argentinische Arbeitssoziologe Héctor Palomino in einer kürzlich veröffentlichten Studie, dass sich der gewerkschaftliche Revitalisierungsprozess in eine Neudefinition staatlicher Arbeitsmarktpolitik und einer (Wieder-)Aufwertung des Arbeitsministeriums einbettet. Nicht zuletzt unter dem zunehmenden Druck der Gewerkschaften habe die Regierung Néstor Kirchner und in der Folge Cristina Fernández de Kirchner mit dem bisherigen »auf Prekarität ausgerichteten Arbeitsregime« der 1990er Jahre gebrochen und sich hin zu einem »auf soziale Protektion ausgerichteten« (2008: 2) orientiert.

Zwei Prozesse liegen diesem Paradigmenwechsel zugrunde: Erstens vollzog Kirchner eine Rückkehr zur klassisch peronistischen Schiedsrichterfunktion, die sich besonders im Bereich der normativen Rechtsprechung niederschlägt: Wurden Regulierungsgesetze während der 1990er Jahre, wenn sie nicht abgebaut wurden, nur bedingt kontrolliert, wird heute verstärkt auf die Einhaltung gesetzlicher Normen geachtet. Im Rahmen des Ad-hoc-Programms »Programa Nacional de Regulacion de Registro Laboral« wurden in den letzten Jahren 400 Inspektoren vom Arbeitsministerium ausgebildet, um die Arbeitsstandards in Unternehmen zu kontrollieren und, wenn nötig, zu sanktionieren. Weiterhin wurde erstmals ein einheitlicher Rechtsrahmen für geschaffen, die von Auslagerung betroffen sind. In einem im Februar 2006 verabschiedeten Gesetz wurden Unternehmen auf die Kontrolle der Arbeitsbedingungen von in Subunternehmen beschäftigten ArbeiterInnen verpflichtet (Palomino 2008: 133f.).

Zweitens kehrte die Regierung Kirchner wieder zur klassischen, staatlich gelenkten Tarifpolitik zurück. In vier Schritten wurde etwa der bestehende gesetzliche Mindestlohn bis 2007 um das vierfache angehoben. Darüber hinaus wurden die so genannten consejos salariales, tripartistische Tarifverhandlungen, wieder eingeführt, was die Stellung der Gewerkschaften gegenüber Unternehmern in den Lohnverhandlungen erhöht. In der Folge stieg sowohl die Zahl der Tarifverhandlungen als auch die Tarifbindung der Unternehmen erheblich.

Während jedoch Palomino den gewerkschaftlichen Revitalisierungsprozess in direkten Zusammenhang mit der Regierung

Kirchner stellt, verweisen Collier und Etchemendy (2006) auf zwei langfristige Faktoren der neuen gewerkschaftlichen Bedeutung.

Wie gesehen zeigten sich die CGT-Gewerkschaften zwar bezüglich Reformen wie der Flexibilisierung des individuellen Arbeitsrechts, Privatisierungen oder wirtschaftspolitischen Maßnahmen wenig protestfreudig; Reformen, die ihre organisatorische Basis betrafen, wurde dagegen sehr wohl mit Widerstand begegnet. Derart blieben große Teile ihrer institutionalisierten Machtquellen² – betriebliches Vertretungsmonopol, Schlüsselstellung im sozialen Sicherungssystem, Vertretung nach Branchen – erhalten.

Aufgrund fehlender Konkurrenz unabhängiger Gewerkschaften in den meisten Branchen sowie sekundärer Bindungsmechanismen von Mitgliedern, etwa über die Verwaltung der Sozialversicherung, konnten in den meisten Branchen relativ hohe Organisationsraten aufrechterhalten werden. Insgesamt nahm die Organisationsquote innerhalb des formellen Sektors »nur« um 10% ab. Beim Großteil der Nachbarstaaten fiel der Einbruch weitaus größer aus (Anner 2008: 37). Aber auch der Liberalisierungsprozess der 1990er Jahre wirkte sich keines-

¹ Der Begriff Marktmacht soll hier anlehndend an Beverly Silver als strukturelle, von der Entwicklung des Arbeitsmarkts abhängige Machtquelle von Gewerkschaften verstanden werden.

² Die Verwendung des Begriffs der institutionellen Gewerkschaftsmacht erfolgt im Anschluss an Dörre in Bezug auf Institutionen des Arbeitsrechts, die sich »über ökonomische Konjunkturen und kurzzeitige Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hinweg festschreiben und teilweise gesetzlich fixieren« (Dörre 2007: 56f.).

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung





Jetzt
3 Wochen gratis*

* 3-Wochen-Testabo bestellen über:
Tel. 0 30/53 63 55 50, Fax: 0 30/53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

TESTABO / ABO

Ja, ich teste die junge Welt für 3 Wochen kostenlos
Probeabo endet automatisch

Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname sozialismus

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Ich bestelle das

Normalabo (mtl. 28,90 Euro),

Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),

Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich verzichte auf eine Prämie

Ich bestelle zusätzlich das

Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

Ich bezahle das Abo

monatlich (nur mit Bankeinzug),

vierteljährlich (3 % Rabatt),

halbjährlich (4 % Rabatt),

jährlich (5 % Rabatt).

per Einzusermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber


Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Als Dankeschön für den Abschluß eines Jahresabos erhalte ich folgende Prämie:



Konstantin Brandt/Karl Rehbaum/Rainer Rupp/GRH e.V. (Hrsg.):

STOPP NATO! 60 Jahre NATO – 60 Jahre Bedrohung des Friedens

Verlag Wiljo Heinen, März 2009, Taschenbuch, 318 Seiten

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

falls gleich auf alle Gewerkschaften aus. Während traditionell starke Organisationen der staatlichen Industrie geschwächt wurden, konnten einige kleinere Sektoren profitieren. Entwicklungen wie etwa in Mexiko, wo sich mit der Maquila-Industrie während der 1990er Jahre eine absolut organisationsfeindliche Industrie zum Leitsektor entwickelte, fanden in Argentinien nicht statt. Zwar war hier der absolute Abbau von Arbeitsplätzen im industriellen Sektor höher, die Sektoren jedoch, die während der Marktliberalisierung gewachsen sind (Lebensmittelindustrie, der Transport-, oder private Ölsektor) blicken auf eine lange Organisationskultur zurück (Collier/ Etchemendy 2007: 5). Besonders der Transportsektor konnte durch die Privatisierung der Eisenbahn und die Mercosur-Integration sein Organisationspotenzial erheblich erweitern. Infolgedessen löste der Menem-kritische Vorsitzende der Lastwagenfahrgewerkschaft, Húgo Moyano, 2003 den Menemisten Rodolfo Daer als Generalsekretär der CGT ab.

Die Grenzen gewerkschaftlicher Revitalisierung

Dass es sich bei der aktuellen Revitalisierung jedoch um ein langfristiges Phänomen handelt, darf zumindest bezweifelt werden. Denn trotz gestiegener Marktmacht und Verbesserungen der Arbeitsbeziehungen bleibt die CGT politisch von der Regierung abhängig. Der Führungswechsel in der CGT bedeutete zwar eine weitgehende Verdrängung des *sindicalismo empresario* aus den Entscheidungsinstanzen. Aber auch die neue Führung um Moyano vertritt keineswegs ein auf gewerkschaftliche Autonomie und interne Demokratie ausgerichtetes Organisationsverständnis, sondern repräsentiert den klassischen Mix aus Druckerzeugung und Dialog.

So konnten in den letzten Tarifrunden zwar vergleichsweise hohe Lohnerhöhungen erreicht werden, diese wurden jedoch immer zwischen Spitzenvertretern der beteiligten Parteien ausgehandelt und orientierten sich am von der Regierung gesetzten inflationsneutralen Spielraum. Eine Beteiligung der Mitglieder, etwa in Form von Urabstimmungen, erfolgte nicht. Und auch der immer hohe Anteil an informell Beschäftigten bleibt außerhalb des gewerkschaftlichen Fokus. Wenn Collier und Etchemendy die aktuelle Situation als »segmentierten (Neo-)Korporatismus« charakterisieren, treffen sie damit einen entscheidenden Punkt. Denn anders als die europäische Korporatismen umfasst die argentinische Variante nur einen Teil der arbeitenden Bevölkerung. Der Anteil des anderen, informellen Teils, aktuell immer noch bei um die 30%, bleibt durch verschiedene Marktzugangsbarrieren, wie etwa mangelnder Qualifikation, vom formellen Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Besonders im Zuge der Krise 2001/02 sind große Teile der Bevölkerung durch massive Verarmungsprozesse aus dem formellen Sektor herausgefallen. Gerade auf diesem Ausschluss beruht ein Teil der Stärke der argentinischen Gewerkschaften, wird doch durch die geringere Konkurrenz auf dem formellen Arbeitsmarkt, die gewerkschaftliche Stellung in den Tarifverhandlungen gestärkt.

Aber auch der so innovative »nuevo sindicalismo« der CTA, der während der 1990er Jahre eine Annäherung an eben jene

informelle Beschäftigung vollzogen hat, sieht sich mit wachsenden Problemen konfrontiert, eine klare Linie gegenüber der Regierung Kirchner zu finden. Während einige Sektoren, vertreten durch den neuen Vorsitzenden Yasky (Ctera) und der LehrerInnengewerkschaft Ctera eine durchaus Kirchner-nahe Richtung vertreten, favorisieren andere Teile, eher um die staatlichen Beschäftigten von ATE organisiert, einen konfliktreicheren Kurs gegenüber der Regierung. Sowohl Néstor als auch Cristina Kirchner zeigen bisher wenig Bereitschaft, die CTA als offizielle Gewerkschaftszentrale neben der CGT anzuerkennen. Kern dieses Problems ist das Fehlen einer politischen Alternative links des Kirchnerismus. Alle bisherigen Versuche, vor allem aus dem Spektrum der CTA, eine für breitere Bevölkerungsschichten wählbare politische Kraft links von PJ aufzubauen, sind bis jetzt gescheitert. Vielmehr ist zu beobachten, dass sich der rechte Peronismus, der nach den Ereignissen von 2001/02 bei großen Teilen der Bevölkerung weitgehend delegitimiert war, seit den Präsidentschaftswahlen 2007 deutlich an Einfluss gewinnt. Vermehrt auf Koalitionen mit den Rechten angewiesen, schränkt sich der Spielraum linker Kräfte innerhalb des Kirchner-Bündnisses Frente para la Victoria zunehmend ein.

Inwieweit die gewerkschaftliche Revitalisierung von Dauer ist, wird sich vor allem im Zuge der aktuellen globalen Wirtschaftskrise entscheiden. Bisher konnte die Regierung durch aktive Nachfragepolitik (Verstaatlichung der privaten Rentenfonds sowie massive Investitions-, Kredit- und Beschäftigungsprogramme) größere ökonomische Schäden verhindern. Die endgültige Ankunft der Krise wird jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte erwartet. Dann wird sich zeigen, ob es den Gewerkschaften gelingt, bisherige Erfolge zu verteidigen, wenn nötig auch auf Kosten einer Konfrontation mit der Regierung Kirchner.

Literatur

- Anner, Mark (2008): Meeting Challenges of Industrial Restructuring: Labor Reform and Enforcement in Latin America, in: *Latin American Politics and Society*, Vol. 50, No. 2, S. 33-67.
- Boris, Dieter/Hiedl, Peter (1978): *Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart*, Köln.
- Boris, Dieter (2005): Vom temporären Hegemonieverlust zum »stabilen Normalkapitalismus« Argentinien vier Jahre nach der großen Krise, in: D. Boris/St. Schmalz/A. Tittor (Hrsg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?*, Hamburg, S. 136-162.
- Collier, Ruth Berins/Etchemendy, Sebastián (2007): *Golpeados pero de pie: Resurgimiento Sindical y Neocorporatismo segmentado en Argentina (2003-2007)*, in: *Politics and Society* (Sept. 2007).
- Dörre, Klaus (2006): Einführung, in: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): *Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda*, Frankfurt/M.
- James, Daniel (1988): *Resistance and Integration: Peronism and the Argentine Working Class, 1946-1976*, Cambridge.
- Palomino, Héctor (2008): La instalación de un nuevo régimen de empleo en Argentina: de la precarización a la regulación. In: *Revista Latinoamericana de Estudios del Trabajo*, Año 13, No 19.
- Svampa, Maristella (2008): Argentina: una cartografía de las resistencias (2003-2008): Entre las luchas por la inclusión y las discusiones sobre el modelo de desarrollo, in: *Revista OSAL*, año IX, no. 24, S. 17-49.
- Schulten, Johannes (2006): »Der neue Syndikalismus der argentinischen CTA« in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 68, S. 46-57.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

